



**Grüne Liste Bensheim - DIE GRÜNEN (GLB)**

Wählergemeinschaft  
für Demokratie und Umwelt

## **STVV 12.9.19 Top 14 Abschaffung der Straßenbeiträge in Bensheim**

### **Rede Wolfram**

Sehr verehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

sehr verehrte Damen,

sehr geehrte Herren,

mit dem gemeinsamen Antrag von CDU, GLB und BfB wollen wir heute die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Bensheim beschließen.

Mit Straßenausbaubeiträgen werden Grundstückseigentümer belastet, die Anlieger von Straßen sind, die grundhaft erneuert werden. Abhängig von der Bedeutung der Straße für den überörtlichen Verkehr ist der Anteil an den Straßenausbaukosten, den sie zu tragen haben unterschiedlich.

Die Beträge, die zu leisten sind, bewegen sich inzwischen im oberen vierstelligen und sogar im fünfstelligen Bereich. Das ist nicht länger zumutbar und dagegen regt sich berechtigter Protest. Das Land Hessen hat es in das Ermessen der Kommunen gestellt, auf die Straßenausbaubeiträge zu verzichten und das wollen wir für Bensheim tun.

Zukünftig soll es keine Straßenausbaubeiträge mehr geben. Damit stehen weniger Mittel für den Straßenausbau zur Verfügung, denn wir wollen keine zusätzliche Belastung der Bürger und auch keine Kürzung der Mittel an anderer Stelle. Wir wollen mehr vorausschauende und kostengünstige Erhaltungsmaßnahmen um grundhafte Erneuerungen weitestgehend zu vermeiden. Die Konsequenzen sind in der Straßenausbauplanung und der Finanzplanung der Stadt Bensheim zu berücksichtigen.

Verkehrsplanung darf in Bensheim nicht länger vorrangig Straßenbauplanung sein. Wir haben trotz aller Fortschritte der letzten Jahre noch immer einen immensen Nachholbedarf beim Ausbau der Radverkehrsverbindungen und auch von einem funktionierenden öffentlichen Personennahverkehr kann man erst sprechen, wenn er mindestens im Halbstundentakt erfolgt.

Hier gibt es großen Handlungsbedarf und darauf wollen wir uns konzentrieren.

Die SPD fordert, die Abschaffung rückwirkend. Sie macht aber keinen Vorschlag, wie das finanziert werden soll. Rückwirkend in den Haushalt des Jahres 2018 in den laufenden Haushalt 2019 hinein. Solange wir nicht wissen, wie das umgesetzt werden kann und welche Folgen das hat, können wir dem nicht zustimmen.